

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **12 (1932-1933)**

Heft 4

PDF erstellt am: **15.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

„Der Schweizerische Parlamentarismus ist seiner Aufgabe vollauf gewachsen.“

Daß die Schweiz nicht dauernd eine Preisinsel innerhalb einer Welt mit weit-herabgesetzten Lebens- und Erzeugungskosten bleiben könne, darüber besteht Einigkeit. Wie steht es aber politisch? Werden wir ein politisches Eiland bleiben, unberührt von den aufwühlenden staatspolitischen Umgestaltungen der uns umgebenden Staatenwelt? Bei Anlaß einer Auseinandersetzung mit den von Othmar Spann in seinen kürzlichen Schweizervorträgen entwickelten Gedanken hat der „freisinnig-demokratische Pressedienst“ (F. D. P.) die Äußerung getan:

„Wir bestreiten mit aller Entschiedenheit die Behauptung, daß der heutige Parlamentarismus in vielen Beziehungen den Aufgaben der Gegenwart nicht mehr gewachsen sei und daß das demokratische System gewisse Auswüchse zeitige“. Diese allgemeine Behauptung gilt vielleicht für den österreichischen Parlamentarismus und die sog. österreichische Demokratie; sie gilt aber in keiner Weise für unsere schweizerischen Verhältnisse und für unsern schweizerischen Volksstaat.“

Also die Schweiz steht außerhalb der staatspolitischen Krise, die einen großen Teil der übrigen Staaten erschüttert. Unser Parlamentarismus ist den an ihn gestellten Aufgaben vollauf gewachsen. Der schweizerische Volksstaat funktioniert zu voller Zufriedenheit. Wirklich? Machen wir wieder einmal eine kleine Reise nach Bern in die Bundesversammlung.

Zur Behandlung steht im Nationalrat der Bericht des Bundesrates über die 12. Völkerbundsversammlung. Drei politische Lager stehen einander gegenüber. Beherrscht wird der Schauplatz von der Sozialdemokratie. Ihr einer Sprecher (Reinhard, Präsident der schweizerischen Partei) spricht als Kommissionsreferent verbindlich über den Völkerbund. Es mache nichts, wenn die Beschlüsse der Abrüstungskonferenz nur bedingten Wert hätten; die Hauptsache sei, wenn sie der Bekämpfung des Kriegsgeistes diene; der Völkerbund müsse auf ihr über die Generale sitzen. Er findet verbindliche Worte über die Tätigkeit des katholisch-konservativen Pressedienstes, der die erstaunliche Haltung schweizerischer Militärs — sie verlangten eine Abänderung der bestehenden Militärorganisation mit Verlängerung der Dienstzeit und Mehrbewaffnung in dem Augenblick, wo die schweizerische Delegation an der Abrüstungskonferenz in Genf teilnehme — geißle; für die schweizerische Völkerbundsvereinigung, die vom Bundesrat ein Verbot schweizerischer Waffenlieferungen an das Ausland verlange. Er verneigt sich nach der Regierungsbank, auf der — als einziges Mitglied einer Kollegialbehörde mit Kollegialverantwortung — unser Außenminister sitzt: die Grundsätze des Völkerbundes müßten geschützt werden, was sicherlich auch die Meinung Herrn Mottas sei. Was im übrigen Herr Reinhard über den Völkerbund und seine Tätigkeit sagt, ist genau das, was er in unsern regierungstragenden bürgerlichen Blättern darüber gelesen hat, die ihrerseits ihre Vorstellungen und Anschauungen über die Vorgänge der großen Politik zur Hauptsache wiederum fertig zubereitet aus ausländischen Küchen beziehen. — Der zweite sozialistische Sprecher (Schmid) ging, wenn auch etwas gröber, nach dem gleichen Schema vor. Das Ansehen des Völkerbundes schwinde immer mehr; die Sozialdemokratie unterstütze aber die Austrittsforderung von kommunistischer Seite nicht; halte indessen ihre Kritik aufrecht. Allerdings könne der Völkerbund nicht weiter gehen als jedes seiner Mitglieder im eigenen Land gehe. Wenn hier die Abrüstung nicht vorwärts schreite, komme auch die Abrüstungskonferenz nicht vorwärts. Dcher lade auch die nationalrätliche Kommission (mit allen Stimmen bei zwei Ent-

haltungen) durch ein Postulat den Bundesrat ein, „der Bundesversammlung darüber Bericht zu erstatten, was er zu tun gedenke, um durch Verbreitung kriegsgegnerischer Literatur die moralische Abrüstung in unserm Lande zu fördern“. — In einem klug abgewogenen Schlußwort faßt Reinhard das Ergebnis der Aussprache dahin zusammen: die Sozialdemokratie tritt mit Entschiedenheit für die Abrüstung ein. Sie rechnet auch mit dem Völkerbund als einer bestehenden Macht, die sie für ihre Zwecke benützt wie den bürgerlichen Staat. Wenn aber das Bürgertum mit seiner Völkerbundspolitik nicht ernst mache und der Völkerbund in der Abrüstung versage, dann stelle sich für die Sozialdemokratie die ganze Völkerbundsfrage neu; sie würde dann an der Spitze einer vom Großteil des Volkes getragenen Bewegung das verwirklichen, was heute die Kommunisten fordern.

Von kommunistischer Seite war nämlich in einer Motion vom Bundesrat eine dahingehende Vorlage an die Bundesversammlung gefordert worden: die Schweiz solle aus dem Völkerbund austreten, den Völkerbund aus ihrem Gebiet verweisen, die Erzeugung von Waffen und Munition verbieten, das Militärbudget streichen. In der Begründung dieser Motion führte der kommunistische Sprecher (Welti) aus, daß es gelte unser Land aus dem Sumpf des sozialdemokratischen Pazifismus und der gefährlichen Selbsttäuschungen über den Friedenscharakter des Völkerbundes herauszureißen. Der Völkerbund diene nur der Unterdrückung aller revolutionären Bewegungen; er stelle ein bloßes Bündnis der imperialistischen Weltmächte dar, wie man jetzt an seinem Verhalten gegenüber China habe sehen können. Im übrigen stecke hinter seiner ganzen Betriebsamkeit nichts. Er habe sich allerdings eine schöne Verteidigungsideologie geschaffen. Aber was er Konsolidierung des Friedens nenne, sei nur Verewigung des Raubfriedens von Versailles. Und Sicherheit bedeute einfach jede Maßnahme, die die Bourgeoisie, unter militärischer Leitung Frankreichs, zu ihrem Schutz unternehme. — Man hört die Sorge Sowjetrußlands vor einem Angriff von Osten und Westen aus diesen Worten. Auch sonst mag dahingestellt bleiben, wie viel an der politischen Vorstellungswelt des schweizerischen Kommunismus eigener Anschauung und eigenem Urteil entstammt. Nicht abstreiten kann man aber, daß diese Vorstellungswelt mehr Einbildungskraft verrät und mehr Witterung für die weltpolitischen Zusammenhänge besitzt, als die ausschließlich vom Besitzinstinkt bestimmte politische Vorstellungswelt des sozialistischen und bürgerlichen Lagers. Vor allem die Sozialdemokratie weiß in ihren einsichtigen Vertretern, was ihr vom Kommunismus her droht und daß sein Angriff (vorerst) ihr und gar nicht der bürgerlichen Welt gilt.

Und nun das bürgerlich-regierungstragende Lager. Seine Antwort auf die beiden Angriffe von links konnte nicht kennzeichnender ausfallen, als sie ausgefallen ist: es antwortete nämlich gar nicht. Bundesrat Motta stellte als Vertreter der Regierung wieder einmal die angebliche Wandlung der Sozialdemokratie in ihrer Stellung zum Völkerbund fest, bot ihr eine Vertretung in Genf an, gab seinem Glauben an den endgültigen Erfolg der Abrüstungskonferenz Ausdruck und erklärte sich, unter sichtlichem Mißbehagen, das sich auch in entsprechenden körperlichen Gesten äußerte, im Namen des Bundesrates bereit, das Postulat der Kommission „nicht abzulehnen“ und der Bundesversammlung baldigst einen Bericht über die geistige Abrüstung der Schweiz vorzulegen. Der parlamentarische Wortführer der Völkerbundsvereinigung (Häberlin) entschuldigte die unerfreuliche Rolle des Völkerbundes in Ostasien — eine große Schwierigkeit habe für diesen eben der Umstand gebildet, daß formell nicht Krieg vorhanden gewesen sei. Von evangelischer Seite (Hoppeler) wurde der Sozialdemokratie entgegengehalten, daß man den Menschen heute nicht ab-, sondern geistig-moralisch aufrüsten müsse. Perrier (welschschweizerisch-katholisch) erklärte, daß er die Mythik des Internationalismus, der die Nationen zertrümmern wolle, nicht mitmache. Die internationale Gemeinschaft könne sich nur auf selbständige Nationen gründen. Geistige Abrüstung heiße daher Zu-

sammenarbeit der Nationen, aber nicht Wehrlosmachung und Auflösung der einzelnen Nation. Im bürgerlich-regierenden Lager der deutschen Schweiz verharrete man in einem vielsagenden Stillschweigen.

Darüber war sich doch selbst das mit den bescheidensten Geistesgaben ausgerüstete Ratsmitglied im Klaren, daß es sich bei der Forderung nach „geistiger Abrüstung in der Schweiz durch Verbreitung kriegsgegnerischer Literatur“ nicht um eine berechtigte Zurückdrängung übersteigter Herrschaftsansprüche unseres Volkes und entsprechend eines übertriebenen Aufwandes militärischer Machtmittel handelte. Was konnte also einzig der Sinn dieses Postulates sein? Man findet ihn leicht, wenn man sich überlegt, was es auf den einfachen Mann aus dem Volk, der von der Überzeugung durchdrungen ist, daß in der Schweiz doch niemand daran denkt, andere Völker unrechtmäßig zu beherrschen und mit militärischem Machtaufwand niederzuhalten, für einen Eindruck machen muß, wenn der Bundesrat, von der Bundesversammlung dazu aufgefordert, sich bereit erklärt, die Förderung der geistigen Abrüstung des Schweizervolkes an Hand zu nehmen. Wie soll er das anders auffassen, als daß die obersten Landesbehörden es für verwerflich halten, wenn er noch den Willen hat, sein Land nötigenfalls mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. Das Volk irre zu machen an seinem Wehrwillen, das ist denn auch der einzige Sinn dieses Postulates.

Wie kommt es aber, daß man von bürgerlicher Seite dieser Absicht der Sozialdemokratie nicht nur nicht entgegentritt, sondern durch Zustimmung zum Postulat in der Kommission und durch dessen stillschweigendes Hinnehmen — wer still schweigt, scheint zuzustimmen — Vorschub leistet? Das ist, weil es bei den bürgerlich-regierungstragenden Parteien an jeder einheitlichen politischen Auffassung fehlt. Man ist hier ratlos in Bezug auf das, was man selbst tun soll wie in Bezug auf die Art, die internationalen Vorgänge einzuschätzen und zu beurteilen. Jedes Ratsmitglied sieht die Dinge unter anderem Blickfeld. Und jedes ist in sich selber schwankend und unsicher. Wie sollte es auch anders sein? Als Angehöriger einer Regierungspartei hat es die offizielle Regierungspolitik mitzumachen. Und diese verlangt von ihm die Betrachtung der eigenen und fremden politischen Angelegenheiten unter einem internationalen Gesichtspunkt. Es muß sich eine „internationale Betrachtungsweise“ aneignen. Andererseits fühlt es sich doch seinem Volk und der überlieferten Rolle seiner Partei: Träger des nationalen schweizerischen Staates zu sein, verpflichtet. Bei dieser Zwiespältigkeit und Unsicherheit in der politischen Vorstellungswelt der bürgerlichen Parteien haßt die Sozialdemokratie nun ein, um weitere Verwirrung in das bürgerliche Lager, und zwar in erster Linie in dessen gefährdetsten Teil, in den Freisinn, hineinzutragen und dessenerspaltung bis zur offenen Auflösung zu treiben.

Der Sozialdemokratie kommt dabei die Einfachheit ihres politischen Weltbildes zugut. Sie bekennt sich bedingungslos zur internationalen Betrachtungsweise. Zugut kommt ihr aber auch ihre Oppositionsstellung, die sie davor bewahrt, die Verantwortung für die Folgen tragen zu müssen, die dem eigenen Volk und Staat aus dieser internationalen Betrachtungsweise erwachsen. So kann sie wohl die bürgerlichen Parteien ständig auf dem einmal von ihnen beschrittenen Weg ins Internationale vorwärts treiben, ihnen zugleich aber die Verantwortung für die daraus resultierenden Ergebnisse zuschieben. Sie behaftet sie bei ihrem Bekenntnis zu den Grundsätzen des Völkerbundes, um sie als „unaufrichtig“ bloßzustellen, wenn sie auf internationalem Boden für die Abrüstung, im eigenen Land aber für die Wehrhaftigkeit eintreten. Ohne selbst an den Wert des Völkerbundes zu glauben, bezichtigt sie die „bürgerliche“ Völkerbundspolitik der Halbheit und droht mit einer Austrittsbewegung, wenn sie zu keinen Erfolgen führe. Sie stellt sich mit den bedingungslosen Anhängern der internationalen Betrachtungsweise im bürgerlichen Lager in eine Front, um durch immer radikalere Forderungen die offizielle Politik

vor die Alternative: entweder Zielscheibe zügelloser Agitation zu werden, oder, wie etwa in der Frage der Erzeugung und Ausfuhr von Waffen und Munition, wehr- und wirtschaftspolitische Interessen des eigenen Landes preiszugeben. Sie treibt schließlich den spaltenden Keil des sozialistischen Weltbildes mitten ins bürgerliche Lager hinein; die marxistische Scheidung des Volkes in Parteigänger der Menschheit, der Internationale auf der einen, und in „Patrioten“, Anhänger des nationalen Staates, der nationalen Volksgemeinschaft auf der andern Seite wird gleichgesetzt mit der Abstempelung der einen als der einzig wahren Friedensfreunde, der andern als Militaristen, Kriegsanhänger, Kriegsindustriellinteressenten. Hat diese Unterscheidung aber einmal auch im bürgerlichen Lager Geltung, dann will hier niemand mehr im Geruch des „Kriegstreibers“ stehen, sondern zu den „Friedensfreunden“ gehören. Darum kommt es, daß in Bern überhaupt bald kein Volksvertreter mehr den Mut findet, für die nationale Gemeinschaft seines Volkes, für den nationalen Staat und für die Wehrhaftigkeit seines Landes einzutreten. Darum auch läßt er es unbeanstandet geschehen, daß die Träger des Wehrwesens und Wehrgedankens von sozialdemokratischen Vertretern als eine Art minderwertiger, vom übrigen Volk geschiedener Bürger hingestellt werden. Man könnte ja in ein schiefes Licht kommen, wenn man sich für sie einsetzen wollte. Dabei weiß die Sozialdemokratie nur allzu gut, warum sie in unserm Wehrwesen ihren Hauptgegner erblickt. Mit den politischen Parteien und ihren Behörden, Parlament und Bundesrat, wäre sie 1918 wohl ohne viel Umstände fertig geworden. Der Widerstandskern saß in der Armee und deren Führerschaft, wie eben die Armee auch in der Schweiz einen Kristallisationskern der Staatlichkeit bildet.

Man muß als Tribünenbesucher die Wirkung dieser sozialistischen Taktik auf das Parlament einmal unmittelbar erlebt haben. Die Öffentlichkeit erfährt von diesen Dingen ja meist nichts. Die Verhandlungsberichte der Zeitungen geben keinen Gesamteindruck wieder. Und wenn sie es tun, sind sie auf den Parteizweck abgestimmt; vor dem „Partei“-Volk darf Lage und Haltung der eigenen Partei nur in günstigem Licht erscheinen. Die tatsächliche Wirkung aber ist verheerend. Volk und Volksvertreter werden sich immer fremder. Das Volk schüttelt den Kopf über das, was die „Herren in Bern“ reden und beschließen. Und die Herren in Bern sind entwurzelt, haben zu ihrem Volk, das ihnen ihre mühsam zustandegebrachten Vorlagen bei jeder Gelegenheit verwirft, kein Vertrauen, und wissen nicht, auf wen sie nun eigentlich hören sollen. In ihrer Ratlosigkeit verfallen sie auf den Ausweg, sich zur Sicherung ihrer Sessel mit der Sozialdemokratie in einen Wettlauf um die Volksgunst einzulassen und dieser bei den Wählern dadurch den Wind aus den Segeln zu nehmen, daß sie ihr an „Fortschrittlichkeit“ nichts nachsehen, ja sie darin womöglich noch überbieten. Oder man gerät, weil man kein Maß für die Dinge und keine Erkenntnis der sie bewegenden Kräfte hat, auf sonderbare Einfälle. In Genf und Lausanne spielt sich zur Zeit ein gigantisches Ringen um die Weltgeltung der Großmächte ab. Ein beliebtes Mittel der diplomatischen Kunst ist dabei, den Gegner vor der Welt als Kriegstreiber, sich aber als den wahren Friedensfreund hinzustellen; etwa indem man auf Waffen, die man selbst nicht braucht, demonstrativ verzichtet und dem Gegner, für den sie wichtig sind und der der Aufforderung, es auch zu tun, nicht nachkommt, die Verantwortung für das Künftige zuschiebt. In der Bundesversammlung wird daraufhin von einigen bürgerlichen Vertretern ein vorliegender Antrag auf Kreditgewährung von 11/3 Millionen für die Anschaffung von ein paar tausend Gasmasken für die schweizerische Armee mit der Begründung verweigert, der Augenblick sei dafür „ungünstig gewählt“, es könnte dadurch eine ungünstige Rückwirkung auf die internationale Politik eintreten u. s. w. Der Vorsteher des Militärdepartements meinte allerdings, die Abschaffung der rein defensiven Gasmasken sei in Genf nie gefordert worden; auch habe es für Militärkredite nie „psychologische Momente“ gegeben; für uns

könne lediglich unser Pflichtgefühl und keine Rücksicht auf internationale Höflichkeit wegleitend sein. Der Kredit wurde schließlich auch bewilligt. Als dunkler Punkt bleibt aber der verwerfende Beschluß der freisinnig-demokratischen Fraktion. Aus was für Beweggründen immer er erfolgt sein mag: er bedeutet einen Schritt weiter auf dem Weg zur Auflösung der Partei und einen Schlag mehr gegen den Wehrwillen des Volkes. Noch ist das Volk naturnäher und entsprechend wehrfreudiger als seine „Führer“, denen vor lauter Herumhören, was für einen Eindruck ihre Worte und Beschlüsse machen könnten, jeglicher Sinn dafür abhanden gekommen ist, was „führen“ heißt, nämlich: eine Sache sachlich und auf Grund eigener Einsicht beurteilen und dem Urteil Folge geben, und wenn eine ganze Welt entgegengesetzter Meinung wäre. Aber nicht geführt von der einen, und irreführt von der andern Seite, wird schließlich auch das instinktsicherste Volk einmal versagen.

Nun ist allerdings der „irreführende“ Sozialismus viel zwiespältiger als auf den ersten Blick in Erscheinung tritt. Wohl hat er den Untergang des wehrhaften nationalen Staates zum Ziel. Aber zugleich wehren seine Träger sich mit Löwenmut für den gleichen Staat und seine Einrichtungen, sobald sie sich darin warm eingerichtet haben. Das liberale Parlament findet heute nirgends einen leidenschaftlicheren Verteidiger als bei der nämlichen Sozialdemokratie, die dieses Parlament nie um der Sache willen, sondern immer nur im Hinblick auf ihr letztes Parteiziel benutzt hat: um den nationalen Staat, die bürgerlichen Parteien und die Volksgemeinschaft zu zerlegen. Darin liegt denn auch die wahre Gefahr, die die sozialistische Bewegung für jedes Gemeinschaftsleben bildet: daß sie das eine und das andere, Umstürzler und Nutznießer des gleichen Staates sein will. Die Verantwortung dafür, ob ein wehr- und führungslos gemachter, sozialisierter Staat, von dem jeder und für den niemand mehr leben will, auch noch eine taugliche Gemeinschaftsform sei, lehnt sie ab. Sie will ja den Untergang dieses Staates. Aber sie will zugleich auch seine Nutznießung und setzt sich darum mit allen Kräften gegen jede Änderung an ihm zur Wehr. Der offene Aufstand, die auf gewaltsame Erneuerung des Bestehenden gerichtete Bewegung, haben immer auch ihre aufbauende Seite. Sei es, daß sie unmittelbar zu einem fruchtbaren Ergebnis: zu staatlicher Neugestaltung führen, sei es, daß sie Gegenkräfte auslösen, die dann die notwendige Erneuerung bewerkstelligen. Aber die ohne merkbare Übergänge sich vollziehende Aushöhlung des Staates, der schleichende Zerfall der staatstragenden Kräfte, die fast unsichtbare, aber unaufhaltsame Auflösung der Gemeinschaft enden nur im Untergang.

Eine wie vollkommene Einrichtung das liberale Parlament unter bestimmten Voraussetzungen gewesen sein mag: unter den heutigen Verhältnissen dient es, indem es politisches Arbeiten vorspiegelt, das im besten Fall Geschäftigkeit ist, der Verschleierung dieses Zustandes; täuscht es durch die Vorgabe, Volk und Staat zu führen, über den tiefen Ernst der Lage, über die vollständige Führungslosigkeit unserer Volksgemeinschaft hinweg. Die Einsicht, daß dem so ist, wächst von Tag zu Tag. Wie lange noch wird man sich ihr dort verschließen, wo sie am dringendsten wäre?

Zürich, den 23. Juni 1932.

Hans Dehler.

Zur politischen Lage.

Es braucht nachgerade für den Zeitungsleser eine gewisse Überwindung, die langen Meldungen über die internationalen Konferenzen zu lesen. Duzende von Malen ist es ihm nun begegnet, daß eine Konferenz wochenlang als größtes, entscheidendes und für alle Zeiten maßgebendes Ereignis angekündigt wurde, daß sie

mit den hochtrabendsten Reden eingeleitet wurde, daß dann ein langes Feilschen, ein endloses Hin und Her einsetzte und daß schließlich ein kläglicher Kompromiß ohne Saft und Kraft und ohne jede weitergehende Wirkung herauskam. So sieht man denn heute, daß selbst die Nächstbeteiligten ihre Rollen an den Konferenzen nur mit einem gewissen ironischen Lächeln spielen, während die breite Öffentlichkeit gelangweilt oder spöttisch zusieht oder überhaupt nicht mehr darauf achtet.

So steht es heute mit der Abrüstungskonferenz, die mit so überschwenglichen Hoffnungen begrüßt worden ist. Man darf getrost eine erhebliche Wette eingehen, daß der allergrößte Teil der Zeitungsleser sich seit Wochen keine Rechenschaft mehr darüber gibt, daß diese Konferenz ruhig weiter tagt und mit mehr oder weniger heißem Eifer die Abrüstung weiter abrüstet. Jetzt scheint gerade wieder das dringende Bedürfnis des Präsidenten Hoover nach einem für seine Wiederwahl so unbedingt erforderlichen Erfolg für den Augenblick Leben in die Bude zu bringen. Amerika steht heute in schlimmen Schuhen da; es will sparen und es will nach all den schweren Rückschlägen auf den verschiedensten Gebieten wieder einmal ein Ergebnis seiner Politik sehen. Also stupt man die Abrüstungskonferenz. Nun werden die Militärmächte die Aufgabe haben, diesen Vorstoß abzuweisen und doch nach Außen ihre angebliche Abrüstungsfreudigkeit zu betonen. Sie werden es aber schon schaffen.

Wahrscheinlich wird man zum Entgelt für diese Scherereien den Amerikanern aber ihre Haltung in der Reparationsfrage vorhalten. Hier bestehen diese ja durchaus auf ihrem Scheinrecht. Die Kriegsgewinne haben sie seinerzeit eingestrichen, nun möchten sie ihre Kriegslieferungen auch noch bezahlt haben. Dazu hat gegenwärtig niemand in Europa Lust und wird sicher in Zukunft noch weniger Lust haben. Immerhin genügt das Beharren Amerikas auf seinen uneinbringlichen Guthaben zur Verhinderung jeder vernünftigen Regelung der Reparationsfrage in Europa. Frankreich erhält so immer wieder einen Vorwand, um auch seinerseits unmachgiebig auf der Aufrechterhaltung der Reparationen zu beharren. Deshalb dreht man sich auch in Lausanne wiederum in demselben Kreis, wie man ihn nun seit Jahren gewohnt ist.

Denn abgesehen von dem zeitweiligen Auftreten der Amerikaner mit zum vornherein zum Scheitern verurteilten Radikalvorschlägen sehen wir immer dieselben Fronten vor uns. Frankreich als großer Nutznießer des 1919 geschaffenen Zustandes arbeitet mit allen Kräften darauf hin, diese günstige Lage zu erhalten. Es findet dabei unbedingte Unterstützung bei seinen Vasallenstaaten im Osten. Der Erfolg dieser Millimeterpolitik, wie sie Herriot ganz richtig gekennzeichnet hat, wird verbürgt durch die starke wirtschaftliche und finanzielle Stellung des Landes inmitten der allgemeinen Krise. So vermag nun auch Herriot nach Lardieu und Laval die internationalen Konferenzen hinzuhalten trotz aller Ungeduld der Verhandlungspartner.

Allerdings scheint heute Frankreichs Machtposition nicht mehr so völlig unumschränkt wie seit etwa zwei Jahren. Das Land merkt natürlich den Rückschlag der allgemeinen Krise mit der Zeit auch etwas stärker. Die französischen Staatsfinanzen stehen trotz des gewaltigen Goldschatzes der Bank von Frankreich nicht mehr so günstig da, wie noch vor kurzem. Noch mehr aber leiden die französischen Anhängsel im Osten unter der allgemeinen Not. Rumänien befindet sich in geradezu verzweifeltsten Verhältnissen. Südslawien leidet sehr, ebenso Polen. Selbst die Tschechoslowakei rutscht abwärts. Immer dringender wird also im Osten der Ruf nach Hilfe. Frankreich wird sich also in absehbarer Zeit gezwungen sehen, seine Politik des Hinhaltens hier wenigstens aufzugeben. Es wird aber dabei erhebliche Schwierigkeiten haben, da die übrigen europäischen Mächte natürlich bei einer solchen Teillösung nicht mitmachen wollen. Dazu sieht Frankreich die Strömung

gegen seine jetzige Politik in England, Italien und manchem andern Staate anzuwachsen, es erlebt immer neue Vorstöße gegen seine Haltung.

Trotzdem führt die französische Staatskunst immer wieder eigene überraschende Vorstöße. Man denke an das erste Auftreten Tardieus an der Abrüstungskonferenz! Und in ganz ähnlicher Weise wird jetzt in Genf und Lausanne operiert. Da kommt der französische Vorschlag zur Internationalisierung der Zivilluftschiffahrt. Was bezweckt man damit? Man will einfach den unterlegenen Staaten, die keine Militärluftschiffahrt betreiben dürfen, nun auch noch die Flugzeuge und Luftschiffe wegnehmen oder wenigstens unter eingehende Aufsicht stellen. In Paris möchte man eine Überraschung von dieser Seite her ausschließen. Also macht man einen entsprechenden Vorschlag unter der Flagge der Abrüstung. Er ist ein Beispiel für die geschickte Fachtart der französischen Politik und zugleich ein Beispiel dafür, was gegenwärtig alles unter der Flagge der Abrüstung betrieben wird. Bekanntlich möchte jeder das gerne abrüsten, was er selbst nicht besitzt oder was ihm gefährlich werden könnte, niemals aber das, was er selbst in besonderer Güte oder Stärke zur Verfügung hat. Es ist genau wie bei den eidgenössischen Subventionen, wo jeder gerne im allgemeinen abbauen möchte, dagegen die eigenen Subventionen dringend zur Erhöhung empfiehlt!

Unter solchen Umständen wird bei der Abrüstungskonferenz sicher gar nichts Wesentliches, bei der Lausanner Reparationskonferenz auf keinen Fall mehr als ein Kompromiß für die nächste Zeit und ohne durchgreifende Wirkung herauskommen.

* * *

Eine bedeutungsvolle Änderung hat sich für jedermann überraschend inzwischen in Deutschland vollzogen: Der Sturz der Regierung Brüning. Das Kabinett Brüning hat gestützt auf die Mittelparteien des Reichstages Deutschland längere Zeit durch die immer stärker fühlbaren Notzeiten hindurchgesteuert. Zweifellos stand hinter diesem Kabinett ein ehrlicher Wille und eine ansehnliche Summe von Fähigkeiten. Vielleicht hätte Brüning in einigermaßen normalen Zeiten eine ausgezeichnete Regierung ausgeübt. In diesen unerhörten Notzeiten aber verschlang die drängende Arbeit des Tages die ganze Arbeitskraft Brünings, ohne daß man über die bloße Abwehr der Not des Tages hinaus zu aufbauender Arbeit hätte schreiten können. Die stärkste Leistung des Kabinetts Brüning war die unerbittliche Bescheidung der Ausgaben und die ebenso unerbittliche Drehung der Steuerschraube. Das war ein Versuch, die Verhältnisse einzurenken, der aber trotz seiner drakonischen Härte von der Weltwirtschaftskrise einfach weggeschwemmt worden ist. Damit verschwand allmählich das Vertrauen in die Regierung; das Kabinett Brüning verbrauchte sich. Es hätte so auch ohne die mannigfachen Ungeschicklichkeiten des Innenministers sowieso nicht mehr lange dauern können. Der Reichspräsident hat dann aus der Überzeugung heraus, daß die Reise ungünstig verlaufe, dem Kabinett ein Ende gemacht.

An die Stelle der Regierung Brüning ist eine Regierung von Papen getreten; auch diesmal ist also wiederum ein Vertreter des politischen Katholizismus an die Spitze gekommen. Im übrigen zählt dieses Kabinett so viele Fachleute wie kein anderes seit 1918. Der Anteil der Parlamentarier ist ganz zurückgetreten, die reinen Parteivertreter ohne jede sachliche Befähigung sind verschwunden. Das scheint uns gerade kein Schaden für eine Regierung zu sein, auch wenn dabei die Macht der Bürokratie etwas beschnitten wird. So weist das Kabinett von Papen bestimmt in seiner Zusammensetzung wesentliche Vorteile gegenüber dem frühern Kabinett Brüning auf, wobei es sich freilich fragt, ob der Kanzlerposten selbst gleichwertig neu besetzt worden ist. Der ausgesprochenen Persönlichkeit Brünings steht bisher ein wenig bekannter Mann gegenüber; aber allerdings war genau das selbe beim Amtsantritte Brünings der Fall.

Wesentlich unsicherer als bisher ist die parlamentarische Lage der Reichsregierung. Das Kabinett ist von Hindenburg eingesetzt worden, entgegen dem Willen der Parlamentsmehrheit. Es konnte im bisherigen Reichstage denn auch keine Mehrheit finden und hat ihn deshalb aufgelöst und Neuwahlen angeordnet. Es ist aber sehr fraglich, ob das Kabinett bei diesen Neuwahlen eine sichere Grundlage für seine Arbeit erhalten wird. Die Rechte steht ihm abwartend gegenüber, sowohl Deutschnationale wie Nationalsozialisten und diese beiden Gruppen werden jedenfalls die Gewinner bei den Wahlen sein. Aus der Mitte kann das Kabinett eine gewisse Unterstützung erhalten, aber was wird diese Mitte, das Durcheinander der bürgerlichen Gruppen liberaler Färbung, nach den Wahlen noch bedeuten? Vermutlich nichts oder doch fast nichts! Die sozialistische Linke samt den Demokraten ist dem Kabinett äußerst feindlich gesinnt. Die ganze demokratische Presse und die sozialdemokratische selbstverständlich auch kann sich in Angriffen nicht genug tun; sie läßt keinen guten Faden an den jetzigen Regierungsmännern. Schließlich bleibt noch das Zentrum, das bisher immer Regierungspartei war, bald in einer Links-, bald in einer Rechtskoalition. Gerade das Zentrum aber bedauert den plötzlichen Verlust seiner fast unbeschränkten Macht unter der Regierung Brüning aufs schwerste und bekämpft das Ministerium von Papen mit äußerster Erbitterung. Die drei süddeutschen Staaten Bayern, Baden und Württemberg, die alle Zentrumsleute als Ministerpräsidenten haben, geben den Sturmbock gegen die Regierung ab. Die Zentrums- und mit ihr die katholische Presse aller Länder feuert ununterbrochen mit schwerem Geschütz.

So hat jedenfalls das Kabinett von Papen auch in einem neuen Reichstag keine Mehrheit und keine Unterstützung zu erwarten. Die bisherigen Regierungsparteien fürchten sehr, daß alle ihre Parteileute, die ohne die geringste Eignung in alle möglichen Beamtungen hineingesetzt worden sind, nun auf diese Posten und Pöstchen verzichten sollten. Sie fürchten das Sparprogramm der Regierung und die Absage an den parlamentarischen Betrieb mit der Allmacht der parteipolitischen Kulissenschieber. Deshalb der verzweifelte Widerstand!

Nun sind natürlich verschiedene Umstände vorhanden, die vielleicht das Parlament bewegen werden, mit der Regierung viel mehr Nachsicht zu üben, als man nach den Gefühlen seines Herzens gerne möchte. Einmal ist die Aussicht erheblich, daß genau wie in Preußen die bisherige Regierung im neuen Reichstage über keine Mehrheit mehr verfügen wird. Dann aber erhebt sich die Frage, was wohl nach einem Sturz der Regierung geschehen würde? Entweder würde sich die Regierung um die Meinung des Parlaments nicht kümmern und ruhig weiter amten, gestützt auf die Bajonette der Reichswehr, oder es käme eine reine Militärdiktatur oder es käme Hitler! Alle diese Möglichkeiten sind für die Parteien der Linken samt dem Zentrum ziemlich unerfreulich, für einzelne sogar lebensgefährlich. Also wird man sich im Reichstage die Sache mehr als einmal überlegen.

Auf jeden Fall ist nun die Entwicklung in Deutschland so weit gediehen, daß die Verzweiflung der Massen jede Regierung gebieterisch vorwärts treiben wird. Dadurch ist in der Außenpolitik die Taktik Deutschlands festgelegt. Eine Regierung, die in Lausanne und Genf nachgibt, ist sowieso geliefert. Also wird Deutschland nun hier unnachgiebig und energisch auftreten müssen und damit die internationale Entwicklung auch in Fluß bringen, ob sich seine innern Verhältnisse nun so oder so gestalten.

* * *

Diese Gestaltung der Lage des großen Deutschen Reichs ist eine Frucht von Versailles, die nun nachgerade reif wird. Aber nicht nur hier, sondern allenthalben in Europa und in der ganzen Welt reifen diese Früchte der Gewaltpolitik von 1918/19 heran. Reif werden die maßlos vergrößerten Staaten im nahen Osten. Reif werden die europäischen Großmächte mit England an der Spitze. Reif wird auch das

überseeische Gebiet mit den machtgeschwollenen Vereinigten Staaten. Überall sind die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse zerrüttet, vielleicht an manchen Orten fast unheilbar zerrüttet. Überall ist die innerpolitische Auflösung in Gang. Nur Frankreich steht einstweilen noch leidlich da, wenn es auch ihm nicht mehr ganz wohl sein wird. Die Saat von Clemenceau und der andern hemmungslosen Politiker seines Schlages ist aufgegangen.

Rascher als irgend jemand gedacht hätte, ist das in diesen Blättern seit ihrer Gründung vorausgesagte Ergebnis eingetreten: Europa treibt dem Chaos zu. Es lassen sich eben nicht ungestraft alle wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Tatsachen übersehen und niedertrampeln. Früher oder später ergibt sich daraus eine sehr unangenehme Rechnung. Heute sind wir alle daran, sie zu bezahlen.

Nun ist zweifellos der Wille in ganz Europa immer stärker, diesem Chaos noch rechtzeitig zu entgehen und auf dem Wege über eine vernünftige Neuregelung der europäischen Verhältnisse wieder gesunde und dauerhafte Zustände zu schaffen. Diesem allgemeinen Wunsche steht aber immer wieder die französische Politik des Festhaltens an dem 1919 errungenen Siegespreis entgegen. Immer mehr muß deshalb aufbauende Politik in Europa zusammenfallen mit einer Stellungnahme gegen Frankreich, d. h. gegen die französische hemmungslose Machtpolitik. Dieser Gang der Dinge ist in den letzten Jahren zwangsläufig gewesen, man hat ihn deutlich verfolgen können. Es fragt sich nun nur noch, ob es gelingt, die Früchte von Versailles noch rechtzeitig zu beseitigen, Frankreich zu bewegen, seine Forderungen in einem vernünftigen und erfüllbaren Umfange zu begrenzen und so die Bahn für eine Gesundung noch im Augenblick der höchsten Gefahr frei zu machen?

Die Aussichten dazu scheinen mir noch nicht allzu sicher, vor allem weil Frankreich eine so außerordentlich starke tatsächliche Machtstellung einnimmt. So wird man im besten Falle noch eine ansehnliche Zeit warten müssen und es fragt sich, ob es dann nicht zu spät sein wird?

* * *

Damit schließe ich die Reihe meiner außenpolitischen Betrachtungen in den „Schweizer Monatsheften“ ab. In neun Jahren sind rund 100 Rundschau von mir geschrieben worden. Es waren bewegte Jahre, sodaß es einem am Stoff nie gebrach. Im Ganzen habe ich auch das Gefühl, daß die außenpolitische Richtung der ganzen Zeitschrift durch die politische Entwicklung gerechtfertigt worden ist, daß wir also auf keinem Holzwege waren. Ich glaube sogar sagen zu dürfen, daß wir unsere Ansicht noch schärfer vertreten sollten, mit aller Deutlichkeit und ohne Rücksicht auf die jeweilige größere oder geringere Volkstümlichkeit unserer Gedanken im eigenen Lande. Denn nur auf dem von uns angedeuteten Wege wird es eine gedeihliche Zukunft für ganz Europa und damit für die Schweiz geben. Darüber erhalten wir ja gerade jetzt Anschauungsunterricht.

Nun macht es mir die berufliche Inanspruchnahme unmöglich, die nötige Übersicht über den allgemeinen Gang der Dinge immer von neuem zu erarbeiten und sie auch auf Reisen unmittelbar wieder aufzufrischen und nachzuprüfen. Ich überlasse deshalb meine bisherige Aufgabe andern, ohne damit aus der Mitarbeit an den „Monatsheften“ überhaupt auszuscheiden.

U r a u, den 25. Juni 1932.

H e k t o r A m m a n n.

Der seit langem angekündigte Schritt wird nun Wirklichkeit. Die „Monatshefte“ wissen, was sie mit dem Ausscheiden Dr. Hektor Ammanns als ständigem Berichterstatter verlieren. Durch nichts wird der Charakter einer Zeitschrift bestimmter geprägt, als durch die monatlichen Übersichten ihrer ständigen Mitarbeiter.

Die Verpflichtung, die Vorgänge des Tages überchauend zu verfolgen und jeden Monat am Einzelfall zu erhellen, um was es bei all dem Treiben im Landesinnern oder in der Großen Politik und dem darum herum gemachten Zeitungslärm eigentlich geht, diese Verpflichtung zwingt zur Herausarbeitung der großen Linien, die dann von selbst zu den Leitlinien der Zeitschrift werden. So hat auch Dr. Hektor Ammann mit seinem treffsichern, unbeirrbar und in seiner Folgerichtigkeit unerbittlichen Urteil in den neun Jahren seiner ständigen Mitarbeit den „Monatsheften“ zu einem guten Teil ihre außenpolitische Prägung gegeben. Das geistige Erbe, das er jetzt bei seinem Rücktritt von der ständigen Mitarbeit — seine gelegentliche bleibt uns erhalten — hinterläßt, wird aber lebendig weiterwirken. Dafür übernehmen wir die Verpflichtung. Und in dieser Verpflichtung soll auch unser Dank für die neunjährige treue Kampfgenossenschaft zum Ausdruck gelangen.

Die S c h r i f t l e i t u n g.

Aus den Landesteilen.

Die öffentliche Meinung in der Westschweiz und die Abrüstung.

War das politische Leben in der deutschen Schweiz im Laufe dieses Frühjahres durch einige wichtige kantonale Abstimmungen und Wahlen recht bewegt, so standen dagegen in der Westschweiz keine bedeutenden innerpolitischen Auseinandersetzungen auf dem Programm; die öffentliche Meinung konnte somit ihre ganze Aufmerksamkeit den brennenden internationalen Fragen: Abrüstung, Reparationen und Weltwirtschaftskrise zuwenden. Dabei ließ sich beobachten, daß diese internationalen Fragen, die man in der deutschen Schweiz vornehmlich nach der wirtschaftlichen Seite prüft, in der Westschweiz in erster Linie auf ihre politische Bedeutung hin untersucht werden. Erst mit zunehmender Auswirkung der allgemeinen Depression auf weite Kreise des westschweizerischen Kleinbürgertums ändert sich allmählich diese Denkweise und machen sich auch Stimmen aus Wirtschaftskreisen geltend.

Die Arbeiten der Abrüstungskonferenz, die von unzähligen sorgenvollen Menschen zu Beginn mit großer Hoffnung verfolgt wurden, erweckten noch vor einigen Wochen in der Westschweiz lebhafteste Aufmerksamkeit und reges Interesse. Wohl hatten schon vor Eröffnung der Konferenz einige Stimmen im Blätterwald der Presse vor übertriebenen Erwartungen gewarnt, auf die beinahe unüberwindlichen Schwierigkeiten, die die Delegierten zu bewältigen haben, aufmerksam gemacht, und die gewaltigen Gegensätze, die zwischen den Auffassungen der verschiedenen Großmächte bestehen, aufgedeckt; wohl wurde nach Verklingen der ersten Freude und des ersten Kaufes, die die Eröffnungsfeierlichkeiten hervorgezaubert hatten, die Stimmung verzagter und schrumpften die Hoffnungen bedenklich zusammen, aber ein so vollständiges Versagen, ein derartig klägliches Fiasko, wie wir es heute erleben, hat hier wohl niemand erwartet.

Der Frage der Abrüstung gegenüber kann man in der westschweizerischen öffentlichen Meinung drei Richtungen unterscheiden. Da finden wir in erster Linie die Pazifisten extremer Richtung, für die die Frage der Abrüstung ein sehr einfaches Problem darstellt, das auf die denkbar einfachste Art zu lösen sei. Der Krieg als politisches Mittel — auch der Verteidigungskrieg — wird verpönt; die Völker haben mit Nachdruck und Leidenschaft die vollständige Abrüstung aller Staaten zu fordern und mit allen Mitteln der Überzeugung diese Auffassung bei ihren Regierungen durchzusetzen. Geben sich auch die Anhänger der vollständigen Abrüstung über die Möglichkeit eines allgemeinen, gänzlichen Waffenabbaues keiner Illusion hin, so dürfen andererseits die turmhohen Schwierigkeiten, die sich der praktischen Verwirklichung dieser Forderung entgegenstellen, ihre theoretische Denkweise nicht beeinträchtigen und sie fordern für sich das Recht, mit Wort und Stimmzettel für ihre Meinung und Überzeugung weitgehendst zu wirken. Es wäre nun verfehlt, wollte man die Zahl der Anhänger dieser radikalen Abrüstungstheorie gerade in

der Westschweiz unterschätzen; sie gebärden sich nicht lärmend, wirken aber umso sicherer im Stillen. Wir denken dabei weniger an die Sozialdemokratie — deren Stärke zwar in der Westschweiz zunimmt, aber noch lange nicht mit der Wucht der sozialistischen Bewegung der deutschen Schweiz sich messen kann, und deren Stellung in der Abrüstungsfrage zudem uneinheitlich ist —, als an die verschiedenen streng religiösen Kreise, die in der französischen Schweiz, wenn auch in ihrem ethischen und sozialen Denken nicht einheitlich übereinstimmend, dennoch recht kräftig die Meinung des Tages beeinflussen. Dazu gesellen sich alle Mitglieder der unendlich zahlreichen sozialen, aber auf rein privatwirtschaftlicher Grundlage fußenden Einrichtungen, deren Organe von Natur aus und von Amtes wegen rein pazifistisch eingestellt sind und zudem mit Persönlichkeiten des Auslandes, die dem gleichen Ideal huldigen, in reger Beziehung stehen. Es sind alle die, die der Chefredaktor der „Gazette de Lausanne“ in einem vielbeachteten Artikel „Défense nationale et morale chrétienne“ die „mystiques du pacifisme“ genannt hat. Diese „mystiques du pacifisme“, die als erste Forderung in der Abrüstungsfrage die Preisgabe unserer Armee bis auf eine geringe Polizeimacht verlangen, und von denen ein kleinerer Teil sogar offen oder versteckt zur Dienstverweigerung auffordert, sind in der Westschweiz zwar verstreut, ohne rechten Zusammenhang, zudem unsicher über die einzuschlagende Propagandamethode, aber weit zahlreicher als man annimmt, besonders wenn man berücksichtigt, daß zwischen den Befürwortern einer hundertprozentigen Abschaffung des Heeres und denjenigen, die immerhin eine gewisse bewaffnete Macht als Polizeigewalt gutheißen, viele Schattierungen der „quantitativen“ Abrüstung vertreten sind. Hinter der in mancher Beziehung recht anziehenden Persönlichkeit von P. Cérésole stehen stärkere Kräfte, als es die „Offiziellen“ gerne haben möchten.

Zweifellos steht aber die Mehrheit des Volkes hinter der Armee, da sie das instinktive Gefühl hat, daß sie notwendig sei für die politischen Aufgaben, die die Zukunft unserem Lande einmal stellen könnte. Dabei ist zu berücksichtigen, daß hier die Armee in erster Linie als Schützerin der kleinbürgerlichen Weltordnung betrachtet wird, als sicherste Stütze gegen den stets gefürchteten sozialistischen und kommunistischen Ansturm. Daß auch unsere Neutralität vielleicht einmal mit den Waffen in der Hand verteidigt werden müßte, kommt erst in zweiter Linie, das ist eine Möglichkeit, an die man lieber nicht denken will. Da nun aber die Armee bejagt wird und andererseits die Genfer Arbeiten im Sande zu verlaufen drohen, so hat sich das Interesse weiter Schichten der westschweizerischen Bevölkerung für die Abrüstungsfrage abgestumpft, und die Genfer Besprechungen werden kaum noch beachtet, da die technischen Fragen doch nur die Fachleute beschäftigen. Ja, die Tätigkeit des Völkerbundes überhaupt wird heutzutage in der französischen Schweiz mit einer Kühle und Skepsis beurteilt, die in auffallendem Gegensatz stehen zur Begeisterung früherer Jahre. Das Versagen der Völkerbundsorgane im chinesisch-japanischen Konflikt hat hier recht abkühlend gewirkt. Insofern sie unser Land betrifft, ist die Ansicht der großen Mehrheit des Volkes in Sachen Abrüstung eindeutig und klar: unser Milizheer sei ein reines Verteidigungsheer; es sei zudem sattjam bekannt, daß die Schweiz nie und unter keinen Umständen aggressive Absichten gegen irgend einen Staat hegen werde; insolgedessen hätten unsere Behörden — wenn schließlich auch bei den Genfer Arbeiten ein Entschluß auf Reduktion der militärischen Lasten zustande komme — zuletzt abzubauen und Abstriche am Militärbudget vorzunehmen. Also gerade das Gegenteil dessen, was die „mystiques du pacifisme“ fordern! Das ist die offizielle Parole, hinter der alle „staats-erhaltenden“ Kräfte stehen, was übrigens gar nicht hindert, daß man sich auch in diesen Kreisen sehr gerne in Völkerbundscommissionen ernennen läßt, wo über moralische, quantitative und qualitative Abrüstung gefaselt wird! Doch auch diese „staats-erhaltende“ Front hat Löcher — wir denken in erster Linie an die Lehrerschaft, die wohl ganz vaterländisch eingestellt ist, in der aber viele Mitglieder mit

starken inneren Gewissenskonflikten ringen —, und die Wucht, mit welcher die Abrüstung von vielen Völkern verlangt wird, hat auch hier Verwirrung angestellt. So fand zum Beispiel am Eröffnungstag der Abrüstungskonferenz in der Kathedrale von Lausanne eine machtvolle Kundgebung statt, an welcher die Spitzen der Behörden und der Gesellschaft teilnahmen, und bei welchem Anlasse unzählige Reden zu Gunsten des Abrüstungsgedankens gehalten wurden; aber einige Wochen darauf nahm die gleiche Kathedrale von Lausanne die gleichen Behörden und Spitzen der Gesellschaft auf, um an dem mit demonstrativ militärischem Gepräge aufgezogenen „Rapport de la 1ère Division“ teilzunehmen. Beide Kundgebungen sind durchaus begreiflich, beweisen aber auch, daß eine gewisse Unklarheit das politische Denken zahlreicher Schichten der Bevölkerung beherrscht.

Endlich sei noch erwähnt, daß eine kleine, aber zu beachtende Minderheit sich mit der Abrüstungskonferenz eingehend beschäftigte, solange Herr Tardieu dort die erste Geige spielte. Es sind die westschweizerischen Journalisten und Publizisten, die auf die auswärtige Politik Frankreichs derart eingeschworen sind, daß sie kritiklos allen Anregungen aus Paris zustimmen. Diese Parteigänger der französischen Politik haben den Tardieu'schen Plan der Internationalisation der Streitkräfte sofort als „idée lumineuse“ und „seul plan réalisable“ gepriesen und alle Einwände dagegen als „manoeuvres allemandes“ und „menées bolchévistes“ mit Entrüstung abgetan. Wie man sieht, das alte Schema! Die schweizerischen Verteidiger des raffinierten Systems des schlauen Franzosen wurden erst kleinmütiger, als Herr Tardieu selbst in Genf auf heftige Opposition stieß, die ihn überzeugen mußte, daß sein Plan keinerlei Aussicht auf Verwirklichung hatte. Es ist nicht öffentlich bekannt geworden, wie sich die schweizerischen Freunde des Herrn Tardieu die Auswirkung der Internationalisation der Streitkräfte auf unsere Armee gedacht haben; man muß aber annehmen, daß diese Kreise nicht davor zurückgeschreckt wären, die Forderung zu erheben, es sei auch unser Milizheer — oder Teile davon — zu internationalisieren, d. h. zur Verfügung des Völkerbundes zu halten. Seitdem diese Formel der Abrüstung abgetan ist, bewahren die unentwegten Bewunderer der französischen Außenpolitik in Sachen Abrüstung eine abwartende Haltung — bis ein neues Schlagwort aus Paris aufgefangen und bearbeitet wird.

In einem ausgiebigen, mit Nachdruck geführten Feldzug hat nun die national eingestellte Presse gegen die „Antimilitaristen und Pazifisten“, wie die Anhänger der vollständigen Abrüstung genannt werden, Stellung genommen, besonders auch gegen die in religiösem Boden wurzelnde pazifistische Bewegung. Starke Hiebe wurden selbstverständlich auch nach links ausgeteilt, wird doch der Kampf gegen Sozialismus und Kommunismus in der westschweizerischen bürgerlichen Presse ausnahmslos sehr heftig geführt. Den Idealisten des Friedens- und Abrüstungsgedankens wurde und wird vorgeworfen, daß sie die Geschäfte der Sozialisten und Kommunisten besorgen und damit einer gefährlichen und schlechten Sache Schrittmacherdienste leisten. Zweifellos bringt dieser Vorwurf viele von den ethisch hochstehenden und ideal, aber ganz kleinbürgerlich denkenden Vertretern dieser Gruppe, einen Menschenentypus, der bei der westschweizerischen Intelligenz recht häufig angetroffen wird, in große Verlegenheit. Der Pressefeldzug gipfelte in einem Sammelruf zur Vereinigung aller „patriotisch“ eingestellten Kräfte, welche Vereinigung denn auch in der anfangs April gegründeten „Association patriotique vaudoise“ zustandekam. Als Ziel schwebt dieser der Zusammenschluß aller vaterländisch denkenden Bürger über die politischen Parteien hinweg vor, also aller derer, die für die Aufrechterhaltung der nationalen Einrichtungen, in erster Linie der Armee, rückhaltlos eintreten.

Was die internationale Abrüstungsfrage anbelangt, so ist die Aktivität der „Ligue“ und der bürgerlichen Presse nun etwas in den Hintergrund getreten, nachdem dringendere politische Probleme das Schachbrett beherrschen. Immerhin wird

z. B. schon jetzt mächtig Stimmung gemacht gegen die Abhaltung des von Romain Rolland für den August nach Genf einberufenen Kongresses linksgerichteter internationaler Persönlichkeiten.

Tief enttäuscht über den Gang der Genfer Arbeiten sind jetzt auch die Befürworter einer möglichst radikalen Abrüstung. Auch in der Westschweiz hört man nun häufig die Meinung ausdrücken, die Arbeiten der Konferenz seien nichts anderes als ein unerhörter Skandal, eine mit einer seltenen Frechheit inszenierte Komödie, um den Völkern Sand in die Augen zu streuen. Ein viel beachteter Artikel der „Revue“ von Lausanne machte besonders den enttäuschten Gefühlen der Frauenwelt Luft. Im „Journal de Genève“ schlug William Martin Töne an, die Aufsehen erregten. Und der große Erfolg der heißenden Satire von G. Ultramaré „La foire aux Colombes“, die in Genf selbst mit starkem Beifall aufgenommen wurde, ist der deutlichste Ausdruck dieser kritischen und verärgerten Stimmung.

Lausanne, Mitte Juni 1932.

Rudolf Merz.

Parteidienst / Gesinnungsdienst?

Im letzten Heft (Nr. 3 der „Schweizer Monatshefte“) leistete H. Tobler den verdienstvollen Nachweis, daß die Liberale Jugend sich zu Unrecht als Bewegung bezeichnet und in Wahrheit Parteiorganisation geworden ist, weshalb sie auch ihre Rolle im öffentlichen Freisinn spielen kann, wie sie am Parteitag von Basel offenkundig wurde. Der Gedankengang reizt zur mehr psychologischen Weiterführung.

* * *

Bewegung und Organisation sind sich feindliche Gegensätze. Hilft die Bewegung der Auslösung von allen Kräften zu einem selbstgesetzten Ziel, so wird durch die Organisation die Entfaltung der Kräfte gehemmt und an vorgefundene Ziele gebunden. Einem Leben von neuen Zielen und neuem Wagen steht die Sicherheit durch das Herkommen und Hergebrachte und die Gefährlosigkeit erprobter Gewohnheiten gegenüber.

Ursprung der Bewegung ist die Gesinnung, — Anreger zu jedem überpersönlichem Tun, edles Streben nach Vollkommenheit und Peitschantrieb der Zucht, damit man nie in Bequemlichkeit erschlafe. Wer auf Bewegung verzichtet, mußte vorher die freie und unbedingte Leidenschaft der Gesinnung verleugnet haben. Verbergen läßt sich die getroffene Wahl auf keinen Fall. Wie kommt in allem und jedem die Sinnesart zum Vorschein, im gedachtesten Wort noch tönt und schwingt das eigentliche, durch Denken verkleidete Wesen! Darin, was man, wie man etwas sagt, und was man verschweigt, ist fraglos alles enthalten. Ist sie schon für das Leben des Einzelnen einzigartig wichtig, welche Wichtigkeit erst besitzt die Gesinnung in einer politischen Gruppe!

Woher kommt es nun, daß die Gesinnung, die Quelle der innern Erneuerung, so verkleinert und zurückgesetzt worden ist? Die Hauptschuld daran trägt die Einseitigkeit der Lebenseinrichtungen, die einseitige Aufnahme und Auffassung des Lebens.

Wir sind eigentlich von Kindheit auf der Vorstellung entwöhnt, daß jeder Lebensvorgang etwas Allumfassendes ist. Die Fabelwelt des Kindes, das noch diese Allergreifung in seinen Spielen kennt, wird heute viel rascher zerstoßen als früher. Durch unser Schulsystem sind wir erzogen, aus der Beschaffenheit jedes Lebensvorgangs nur einige gedankliche Folgerungen herauszulesen und alles übrige als unverarbeitetes Material beiseite zu schieben. Logisch kalte Schlüsse sind meist der alleinige Gewinn aus dem Getriebe unserer Lebenskreise. Das „innige Erkennen“, wie es Goethe genannt hat, fehlt. Besonders ernüchter Rückschritt liegt darin, daß

wir uns nicht mehr durch Gefinnung leiten lassen und der Welt nicht mehr mit klarer Gefinnungsart begegnen, die eine völlig andere Wahrnehmungsfähigkeit besitzt als das grob=sachliche, sog. objektive Denken (wo sich übrigens das subjektive Vorurteil verchanzt, um sich hinter diesem Wandschirm=Begriff ungestört auszu=leben!).

Da setzt sich überall der rationale Mensch ins Zentrum, aber das Emotional=Schöpferische, die Gemütsbewegung, ist ausgeschaltet und ihres Rechtes beraubt, weltbewegend zu wirken. Es entstand eine reine vernunftgemäße Gliederung der Welt. Von dieser einseitigen Weltanschauung aus Vernunft ist nur noch ein Schritt zur toten Gegenseite, der Gemütsbewegungen, die, ihrem Gesetz nach, in allem ihrem Wirken überhaupt keinen Selbstnutzen kennen, nämlich zum reinen Wirtschaftsdenken, wo allein der Grundsatz des Rentabeln das Handeln beherrscht. Wir erreichen damit die Stufe, auf der das Politische gegenwärtig steht: Die Stufe der intellektu=alistisch=merkantilen Organisation.

Es gibt nichts schlimmeres für die Jugend, als diese Einseitigkeit zu fördern. Eben in Parteiorganisationen hat sich ein Beharrungsvermögen entwickelt, das allen Lebensströmungen lange Troß bietet. Der Mensch wirkt nicht mehr aus der Zusammenfassung und Vereinigung all seiner Eigenschaften. Nur ein Teil seines Wesens ist noch in ihm tätig. Alle Einseitigkeit verurteilt sich selbst zur Sterilität. Bloßer Verstand, bloße Parteiarbeit ertötet jede Bewegung.

* * *

Auf diese Bemerkungen wollen wir unsern Versuch stellen, im einzelnen Zeugnisse des Partei= und Gefinnungsdienstes am Kongreß von Flüelen nebeneinander zu fügen.

Zunächst ein Wort über die Liberale Jugend. Sie klärte uns in Flüelen über ihre Artung in einer Weise auf, daß darüber jeder Zweifel behoben ist. Die Tatsachen waren ihre Richter. Es mußte tief befremden, daß in dem ersten Referat des Tagungsprogramms (Referat Dr. Caratsch über „Schweizerische Außenpolitik“) von jeder Erwähnung — auch nur der Erwähnung! — unseres zur Zeit bedeutungsvollsten Mitgliedschaftsrechtes im Völkerbund — des Rechts, die Nachprüfung unanwendbar gewordener Verträge zu fordern (Art. 19) — Abstand genommen wurde. Wenn man tatsächlich meint, sich mit dem Verschweigen eines unter allen Umständen außerordentlich gewichtigen internationalen Rechtes an einer heißen Stellungnahme vorbeiwenden zu können, so ist das schon ein merkwürdiges Täuschungsmanöver gegenüber der Hörerschaft, die man umfassend unterrichten sollte. Voge=strauß=Politik macht zum vornherein untauglich für spätere Führerschaft. Mut hat man oder hat man nicht! — Das andere Referat über „Schweizerische Wirtschaftsprobleme der Gegenwart“ (gehalten von Dr. Bößhard, auch einem der Spitzenmänner der Liberalen Jugend) glänzte durch den Mangel jedes aufbauenden Wirtschaftsgedankens und ziemlich Verwurstelung der Probleme, da sich der Referent für gewöhnlich nicht mit diesen Fragen befaßt. Der einzige positive Vorschlag ging auf eine „stärkere Fruktifizierung der Auslandschweizer“. Das soll offenbar der vaterländische Dank sein, daß man die Auslandschweizer nur als Steuerzitronen auffaßt, die der heimatische Fiskus ausquetscht. Beide Referate hinterlassen mit ihrem kläglichen Mangel an aufbauenden Gedanken und fruchtbaren Vorschlägen einen gänzlich unbefriedigenden Eindruck. Und das sind Führer, das ist das Kernholz der Liberalen Jugend! Nach diesen Referaten und dem Gesamteindruck der Aussprache hat diese Organisation das Recht verwirkt, sich als politisch führend und eigenlebig auszugeben.

Mit rein logischer Kritik könnte man ihre Konferenzvorträge nicht in der Tiefe angreifen. Sie waren in der Form gewandt, intellektuell gepflegt, alles, wie man

es von der besondern Denkschulung des Akademikers verlangt; und selbst Dr. B. zog sich, von vertiefter Problem- und Sachkenntnis abgesehen, wendig aus der An- gelegenheit. Aber diese Referate erscheinen deshalb als wesentlich und als bei- spielshafte Grundlage für eine neue und immer mehr zu übende Kritik, weil sie das Gesamt-menschliche dieser Führerschaft ins richtige Licht setzen, weil sie für ihre Mannhaftigkeit im weitesten Sinn aufschlußreich sind: Sie lassen in ihren Ausführungen über für unser ganzes Volk schicksalswichtige Fragen Alles ver- missen, was in innere Bewegung setzt, und was als Ausdruck einer Gesinnung doch erst die lebentragende und wertumschließende Gestalt der Libe- ralen Jugend verbürgen würde.

* * *

Nur als Randbemerkung noch der sonderbare Widerspruch zu der liberalen Haltung in der Frage der schweizerischen Energiewirtschaft. Als die Neue Front nicht mehr in ihrer Mitte weilte, machte die Liberale Jugend plötzlich den Versuch, neue Front zu sein. Sie unter- stützte die planwirtschaftlichen Gedanken von Dr. Keller auf dem Gebiete der Elektrizitätswirtschaft! Wenn die Liberale Jugend diese gänzlich antiliberalen, aber auch keineswegs sozialistischen Planwirtschaftlichkeit mit Liberalismus gleichsetzt, dann allerdings treffen wir uns auf der gleichen Linie. Aber warum dann das schämige Wort liberal, wenn man ein Gegenteiliges meint! Daß es ihr aber mit diesen Schritten nicht sonderlich ernst ist, zeigte am allerbesten die Reaktion auf die Haltung der Neuen Front, die sich in einem Votum mit nicht überbietbarer Ur- sprünglichkeit aussprach.

„Wir haben kein Programm, wir sind das Programm.“ Dieser Satz, der wie ein Schuß wirkte, enthielt in lakonischer Kürze die Haupt- sache, worauf es in dieser Gegenüberstellung des inneren Verhaltens von zwei politischen Jugendschichten ankommt, nämlich: die Gleichsetzung des Men- schen mit seiner Sache, sein Aufgehen in ihr muß sich von selber verstehen. Das und allein das bedeutet, daß der Mensch zum politischen Handeln fähig und berufen wird. Es läßt sich einfach nicht trennen: hier der Programmbuchstabe auf dem Papier, und da der Mensch in seiner Wirklichkeit, was zu der verhängnisvollen Zweiteilung führt, an der unsere ganze Politik krankt. Man muß etwas ganz tun, und ganz tun heißt sich gleich setzen. Das Spottgelächter und der Empörungsangriff, der die genannten Worte sophistisch zerpflücken wollte, schuf die jeden Blinden über- zeugende Klarheit, daß die Liberale Jugend uns auf diesem Wege nicht folgen will. Die Neue Front aber wird nie mit klingenden Sätzen einen Willen vor- täuschen, der in der Praxis nicht ausgeübt wird. Genug von Buchstaben- gläubigkeit und Tatenflucht! Wie wichtig der herausgeschleuderte Satz war, empfand die Liberale Jugend gar nicht, es ging spurlos an ihr vorbei. Für vitale Wichtigkeiten ist die Liberale Jugend gänzlich im- mun. Sie wittert nur nach logischen Blößen, und meinte befriedigt, hier wäre eine gefunden. Als ob die Neue Front je planlos, augenblicklichen Eingebungen folgend, gehandelt hätte. Wir haben die Grundsätze unseres Handelns klargestellt und kein gesunder Menschenverstand kann im Zweifel sein, daß sie genau und ziel- bestimmt sind wie keiner der liberalen Jugend. Aber unser Verhältnis zu ihnen ist so gestaltet, daß wir mit unserer ganzen Person in ihnen aufgehen, wie sie in uns. Jeder Einzelne der Neuen Front mit seinem Einatz, seinem Wagen, seiner Haltung ist ein lebendiger Teil des Programms, das, wie jeder tiefe Lebensvor- gang, nur stückweise auszusprechen ist, jeder eine gliedhafte Verkörper- ung des Gesamtplanes, die Neue Front ein Bund. Denn das Programm sind wir.

* * *

So schaffte Flüelen erschöpfend Klarheit über die Natur zweier politischer Jugendformationen der Schweiz: Die Liberale Jugend, die in der Entstehungszeit vor Jahren nahe daran war, sich auf eigene Füße zu stellen, und nur fürs erste den neuen Wein in alten Schläuchen bergen wollte, ist von einer rückläufigen Entwicklung ergriffen worden, die sie bewußt zu den Rockschößen der Mutterpartei zurückkehren läßt. Das Selbstbestimmungsrecht des politischen Willens ist verleugnet. Man entspricht nicht mehr der innern Regung, der Wirklichkeit und ihren Gesetzen, sondern greifen und gestrigen Parteihäuptern und ihren wie Wünschen klingenden Befehlen. Die Chance eigener Freiheit für eine neue Gemeinschaftsschöpfung ist gegen die sichere Teilhaberschaft am Parteifundus ausgetauscht. Der Ausruf „Niemals“, als in Flüelen drängend die Frage fiel, ob die Liberale Jugend nicht das Tisch Tuch mit der freisinnigen Partei zerschneide, bezeichnete in bedeutsamer Unwillkürlichkeit den Verzicht auf Selbstgestaltung. Das Wort von der „Freien Kampfgemeinschaft“, mit dem sie ihre völlige Abhängigkeit vom alten Freisinn zu verdecken sucht, ist sicherlich eine schöne Rednerblüte, kann aber niemand mehr über das wirkliche Verhältnis täuschen.

Das Andere aber. Die Neue Front hat sich als unabhängige politische Jugend der Schweiz erwiesen. Ihr Sinn für die Wirklichkeit hat sie gelehrt, warum im Volke Gleichgültigkeit und dumpf verachtender Widerwillen gegen das Parteiwesen zur Schau getragen wird. Parteien sind heute nur mehr die Interessenvertreter mächtiger Wirtschaftsgruppen. Darin fehlt beides, Antrieb zu Taten für die Gesamtheit und echte Verbundenheit mit dem gesunden Volkskern. Es braucht heute keine neue Partei, es braucht eine neue politische Bewegung, die durchs ganze Volk geht. Es braucht einen neuen politischen Glauben, und seine edelste Frucht ist die im Grunde des Wesens wurzelnde Furchtlosigkeit der Haltung. Die Neue Front hat diese Haltung in Flüelen bewiesen. Die Neue Front ist, verglichen mit den Parteien, das ganz Andere. Die Neue Front mußte deshalb aus hier gekennzeichnete innerster Verpflichtung und Verschiedenheit die antiliberale Stellung beziehen. Sie ist damit in der Gewißheit nur stärker geworden, daß sie den Weg der Zukunft zieht, auf dem sie sich mit allen Einsichtigen und Tieferfühlenden treffen wird.

Wir alle wollen mit äußerster Entschlossenheit zu der durch Land und Schicksal bestimmten Aufgabe stehen, die im Vorgeficht der Worte eine vollständige Veränderung der politischen und wirtschaftlichen Lage nach innen und auch nach außen zum endgültigen Ziel hat.

Das sind die Voraussetzungen für die politische Reformation der Schweiz, wo die durch Persönlichkeiten verbundene politische Gemeinschaft Dominante sein und, frei von Täuschungen und rückständigen Überresten, durch die Tatkraft der Gesinnung ein neues Lebensfeld schaffen wird. Sei das herrliche Wort Hölberlins unserer Gesinnung Siegel: „Uns ist gegeben, auf keiner Stufe zu ruhen.“

Aarau, im Juni 1932.

Hans Alfred Wyß.

Das Schweizervolk darf zahlen!

Die sechste Völkerbundsversammlung beschloß im Jahre 1925 den Bau eines Versammlungsjaales mit Nebengebäuden für den Völkerbund. Als Standort waren die dem Völkerbund in Sécheron gehörenden Grundstücke gedacht. Als aber ein reicher Amerikaner vier Millionen Franken für die Errichtung einer Völkerbundsbibliothek stiftete, glaubte man sich nach einem größeren Bauplatz umsehen zu müssen.

Nach langem Hin und Her und vom Großteil der Genfer Bevölkerung nur widerwillig gutgeheißen, bot Genf schließlich dem Völkerbund den Arianapark als Bauplatz an. Der Völkerbund griff mit beiden Händen zu, trotzdem die Architekten eine bedeutende Kostenerhöhung in Aussicht stellten. Aus den anfänglichen 18 Millionen wurden rasch 23 Millionen. Heute hat man sich auf 25½ Millionen geeinigt; dazu fast 4½ Millionen für die Bibliothek aus der amerikanischen Stiftung; zusammen also rund 30 Millionen.

Das ist aber nicht alles! Genf hat dem Völkerbund das schönste Kleinod unter seinen öffentlichen Parks zu beliebiger Nutzung und Überbauung geschenkt. Wenn es aber glaubte, damit bei diesem auf besondere Dankbarkeit zu stoßen, dann sah es sich bitter enttäuscht. Die Errichtung der Völkerbundsbauten auf den Grundstücken in Sécheron hätte, weil diese an einer bereits bestehenden großen Ausfallstraße liegen, keine besonderen Kosten für die Zufahrtswege verursacht. Anders wenn man den Arianapark als Standort wählte. Hier war mit einem Millionenaufwand für die Herstellung der Zufahrten zu rechnen. Wer sollte aber diese Mehrkosten tragen? Der Völkerbund stellte sich auf den Standpunkt, daß das Sache des Geschenkgebers sei. Und der großherzige Geschenkgeber scheint sich gegen eine derartige Zumutung des weniger großherzigen Geschenknehmers nicht rechtzeitig vorgesehen zu haben. Im Frühjahr 1929 kam es zu Verhandlungen über diese Frage. Und zwar wurden sie, da völkerrechtlich die Schweiz, und nicht Genf, Sitzland ist, zwischen der Schweiz und dem Völkerbund geführt. Ihr Ergebnis fand in einer Übereinkunft vom 26. März 1929 Niederschlag.

Wie aber hat die Schweiz, bezw. die Leitung unserer auswärtigen Politik diese Verhandlungen geführt? Darüber gibt eine Stelle in der bundesrätlichen Botschaft vom 12. Mai 1932 über die Ausrichtung eines Bundesbeitrages an Genf für seine mit der Errichtung des Völkerbundsgebäudes zusammenhängenden Arbeiten Auskunft, die den eidgenössischen Räten in der Junisession vorlag. Es heißt dort auf Seite 5/6 wörtlich: „Allerdings zeichnet sich die Übereinkunft (mit dem Völkerbund) nicht durch übertriebene Genauigkeit aus. Sie hätte bestimmter sein können, mußte aber notgedrungen ganz allgemein gehalten werden. Denn die Beschlüsse . . . mußten mit einer solchen Raschheit gefaßt werden, daß es ausgeschlossen war, in der kurzen Frist . . . endgültige Projekte auszuarbeiten. Da zu gründlicher Prüfung die Zeit fehlte, konnte nur in großen Zügen festgesetzt werden, was ausgeführt werden sollte“ u. s. w. — Also die alte Geschichte, wie wir sie beim Zustandekommen des Art. 435 im Versailler Vertrag, beim Völkerbundbeitritt, beim Zonenabkommen von 1921 u. s. w. schon erlebt haben. Mag eine Sache über noch so viel Jahre hinaus verschleppt worden sein: immer, wenn von der Schweiz etwas Ungebührliches verlangt werden sollte, fehlte es plötzlich an der Zeit. Vier Jahre ließ sich der Völkerbund Zeit, seinen Beschluß über den Bau eines eigenen Gebäudes Tat werden zu lassen. Die Kostenübernahme für die Zufahrtsstraßen durch die Schweiz mußte in ein paar Tagen geregelt werden. Die entsprechenden Beschlüsse mußten plötzlich „mit einer solchen Raschheit gefaßt werden“, daß man keine endgültigen Projekte ausarbeiten konnte, daß die Zeit „zu gründlicher Prüfung“ fehlte, daß man „nur in den großen Zügen festsetzen konnte, was ausgeführt werden soll“ u. s. w.

Und unter einen unter solchen Umständen zustande gekommenen Vertrag setzt unser Außenminister seine Unterschrift! Ohne wirkliche Prüfung hängt man der Stadt und dem Kanton Genf Verpflichtungen auf, deren Tragweite man nach keiner Richtung überblickt! Das Ergebnis sehen wir: die Genfer Regierung erklärt heute dem Bundesrat, daß sie unmöglich in der Lage sei, die ihr im Übereinkommen von 1929 überbundenen Pflichten aus eigener Kraft zu erfüllen. Der Bund müsse drei Millionen von den auf ungefähr (!) 8½ Millionen geschätzten Kosten für die Zufahrtsstraßen übernehmen. Welcher Art sind dabei diese „Zufahrtsstraßen“? Wir

lesen da in der bundesrätlichen Botschaft, daß die Völkerbundsarchitekten die Verlegung der Bundesbahnlinie verlangt hätten, weil das zur Verschönerung des Sitzes beitrage und das Geräusch durchfahrender Züge dämpfe. Kosten 750,000 Franken. Wenn der Völkerbund sich in seiner Arbeit durch das Geräusch einer in 400 Meter Entfernung vorbeifahrenden Eisenbahn gestört glaubt, dann kann er ja die Verlegung selbst auf seine Kosten vornehmen. Sie aber demjenigen, der ihm großherzig die Ariana als Bauplatz geschenkt hat, aufbürden wollen, ist eine ungehörige Zumutung. Der Vorsteher des Politischen Departements aber unterschreibt. Er unterschreibt aber auch die Verpflichtung für Genf, „aus ästhetischen Gründen“ zwischen Arianapark und Route de Ferney einen „öffentlichen Platz von genügendem Ausmaße“ zu erstellen. Kostenpunkt 690,000 Franken. Er unterschreibt die Verpflichtung für Genf, drei Zufahrtsstraßen von 22 Meter Breite zu bauen. Kostenpunkt nahezu 3 Millionen u. s. w. Über die Kosten der zweiten Bauetappe schweigt sich die Botschaft aus.

Im Ständerat wurde scharfe Kritik an dieser neuesten Leistung unseres Politischen Departements geübt. Es sei ein starkes Stück, wenn der Völkerbund die völlig unnötige Verlegung einer Eisenbahnlinie fordere. Hier hätten die Völkerbundsorgane eine stärkere Hand gezeigt als gegenüber Japan. Die Völkerbundsbauten seien prahlerisch und paßten nicht zur heutigen Krisenzeit; umso mehr, als auch in der Völkerbundskasse Krise herrsche. Auch sei es an der Zeit, auf die ungeheuren Summen hinzuweisen, die der Völkerbund in nutzlosen Diskussionen verbräuche. Im Nationalrat wurde darauf aufmerksam gemacht, daß unser Volk die Auswerfung von 8 Millionen Franken für solche Bauten in der heutigen Zeit nicht verstehe; wenn der gute Wille dazu vorhanden gewesen wäre, hätten die ganzen Straßenpläne sehr vereinfacht werden können. Ein anderer Redner meinte, nötiger als für das Völkerbundsgebäude Wege zu bauen, wäre es, dem Völkerbund den Weg zu zeigen. Angenommen wurde die Vorlage des Bundesrates aber schließlich von beiden Räten. Im Ständerat stimmten von 41 anwesenden Mitgliedern allerdings nur 15 dafür; 5 dagegen; 21 enthielten sich der Stimme. Eine deutliche Feststellung der Verantwortlichkeit für diese unsinnige Geldverschwendung erfolgte nicht. Schließlich zahlt ja das Schweizervolk — und nicht der Volksvertreter —, wie schon so oft so auch diesmal, die Kosten für die Taten unserer außenpolitischen Leitung!

—51—

Kultur- und Zeitfragen

Zeitungsgedanken beim Radio.

Radio hatte gesprochen, gesungen, anderweitig musiziert, gemeldet, belehrt und geschertzt. Und hatte das technische Geschöpf die Wirtschaftsstube nicht völlig beherrscht — denn hallender Faß an dem und jenem Tisch der Eidgenossen hielt Stand, es dröhnten Trümpfe und andere Männer rangen um die ortsentbrannten geistigen Probleme des regnerischen Nachmittags —, so war es doch immer laut gewesen und wenigstens ein Stück Ohr hatten wir ihm leihen müssen und einige Seele von unserem vielleicht nicht allzu großen Vorrat. Zartere erwogen theoretisch: Sollte eigentlich Meister Radio schweigen oder sollten wir es tun? Dann ward vom Radio selber Pause erklärt: „Meine Damen und Herren, auf Wiederhören.“ Der Ton, in dem das gesprochen worden, war rein sachlich; oder war ein ganz leiser Anklang von sanftem Scherz dabei? Man war auf alle Fälle jetzt